

II. Begriffe, Abgrenzungen und Überschneidungen

Die rasante Dynamik, ständige Schreckensnachrichten, Berichte (nahezu) in Echtzeit und twitternde Journalisten und Politiker sorgen für eine Informationsflut, in der es zu voreiligen Behauptungen kommt. Einige erweisen sich später als falsch oder es wird bekannt, dass Details verschwiegen wurden. Auch aufgrund der Vorwürfe gegen die sogenannte „Lügen“- und „Lückenpresse“ sind soziale Medien für eine stark wachsende Anzahl von Menschen der Weg geworden, sich über die Geschehnisse in der Welt zu informieren. Und gerade soziale Netzwerke beschleunigen: durch teilen, „liken“ und kommentieren wird man zum Transporteur von Nachrichten, ohne journalistisch ausgebildet sein zu müssen.

Vor allem Radikalismus und Extremismus werden in den Medien gerne synonym verwendet und zuweilen noch mit Populismus vermischt. Auch Vertreter der Politik- und Sozialwissenschaften scheinen eine Unterscheidung der Phänomene zunehmend für entbehrlich zu halten.¹³⁰ Jedoch ist die Abgrenzung der Phänomene unabdingbar, möchte man Personen und Personengruppen und damit die aktuellen politischen Phänomene einordnen – vor allem in Hinblick auf Gefährdungs-, aber auch Selbstgefährdungspotentiale der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Populär, radikal und extrem sind alltagssprachlich und darin häufig inflationär verwendete Begriffe. Mit dem Suffix der „Ismen“ klingen sie nach einer wissenschaftlichen Kategorie, gleichzeitig verschwimmen sie immer mehr und werden sogar falsch zugeordnet. Nachfolgend werden die Begriffe Populismus, Radikalismus, Extremismus und als dessen äußerste Form Terrorismus, sowie Rassismus und Fanatismus genauer dargestellt.

1. Populismus

Populismus bezeichnet einen Politikstil, der insbesondere durch Rhetorik geprägt ist. Maßgeblich sind dabei Redensarten, die den Anspruch demonstrieren, auf Seiten „des einfachen Volkes“ zu stehen und dessen Interessen zu vertreten. Zentral ist somit eine Sprache, die von jedem verstanden werden kann. Der Duden, der den Begriff Populismus seit 1980 führt, kennt zwei Definitionen: 1. „(Politik) von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft

130 Vgl. Bötticher/Mares 2012, S. 54.

demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen“, und 2. als „literarische Richtung des 20. Jahrhunderts, die bestrebt ist, das Leben des einfachen Volkes in politischen natürlichem realistischem Stil ohne idealisierende Verzerrungen für das einfache Volk zu schildern“.¹³¹ Die *Encyclopedia of Democracy* definiert Populismus als eine „politische Bewegung, die die Interessen, kulturellen Züge und spontanen Empfindungen der einfachen Bevölkerung betont, im Gegensatz zu denen der privilegierten Elite“. Um sich zu legitimieren, sprechen populistische Bewegungen den Mehrheitswillen an – durch Massenversammlungen, Referenden oder andere Formen der direkten Demokratie – ohne tatsächliches Interesse für Gewaltenteilung oder die Rechte von Minderheiten.¹³² Charakteristisch für Populismus ist eine einfache und für das Volk, also jedermann verständliche, zuweilen sogar unterhaltsame Rhetorik.¹³³ Auch der Begriff der Volksparteien *pars populi* zielt auf das Erreichen des ganzen Volkes. Populismus wird dabei als Strategie zum Machterwerb verstanden, als politischer Stil und/oder als Gesamtheit dieser Elemente. Andererseits wird Populismus in der sozialwissenschaftlichen Forschung nicht selten als Ideologie begriffen.¹³⁴ Der Begriff ist negativ besetzt, da populistische Rhetorik dazu diene, Ressentiments in der Bevölkerung aufzugreifen und zu verbreiten. Vor allem bestimmten Medienformaten wird der Vorwurf gemacht, durch ihre Kommunikationspolitik und -struktur komplexe Sachverhalte auf „billigen Populismus“ zu vereinfachen. Der Begriff Populismus ist ein Kampfbegriff, der in seiner Nutzung nicht klar definiert ist. *Ralf Dahrendorf* problematisierte die rein kritische bis stigmatisierende Nutzung des Begriffes: „Die Schwierigkeit beginnt schon mit dem Begriff Populismus. Er besagt, dass der Rekurs auf das Volk nicht in Ordnung ist. Jedenfalls ist Populismus ein abwertender Begriff. Aber ist nicht das Volk der Souverän, der daher die Demokratie legitimiert? Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen: des einen Populismus ist des anderen Demokratie, und umgekehrt“.¹³⁵ Populismus wird vor allem in Deutschland stets mit rechtem Gedankengut verbunden. Denn Populismus wird oft an klassischen Themen der Rechten ersichtlich. Allerdings gibt es kein Monopol der politischen Rechten auf einen populistischen Diskursstil, dieser findet sich

131 Vgl. Duden online unter: www.duden.de/rechtschreibung/Populismus (letzter Zugriff 20.11.2016).

132 Aus dem Englischen übersetzt nach: Di Tella, in: Lipset (Hrsg.) 1995, S. 985.

133 In diesem Zusammenhang spricht man auch von „Politainment“, vgl. Meyer, in: Decker (Hrsg.) 2006, S. 84 ff.

134 Hierzu ausführlich Rensmann, in: Decker 2006, S. 59 ff.

135 Vgl. Dahrendorf 2003, S. 315.

ebenso bei der politischen Linken.¹³⁶ Seit einigen Jahren ist der Begriff besonders häufig im politischen Sprachgebrauch zu finden. Gegnerische Ansichten werden von jeglichen Parteien und gegenseitig als populistisch abgewertet. Der Vorwurf des Populismus gerät im politischen Diskurs zum Machtinstrument, kann jedoch selbst Populismus sein.¹³⁷ Dies vor allem dann, wenn damit die inhaltliche Auseinandersetzung entbehrlich wird. Allerdings sagen die dargestellten Ziele meist nur wenig über eine tatsächliche Herrschaftsgestaltung aus. Zudem ist Kritik am politischen Gegenüber nicht zwangsläufig als Populismus zu verstehen.

Die Frage ist, inwiefern Populismus eine tatsächliche Bedrohung für demokratische Grundwerte darstellt, denn zu häufig werden bereits populistische Strömungen als radikal, wenn nicht gar extremistisch bezeichnet. Über kommunizierte Inhalte kann regelmäßig nicht zweifelsfrei auf das Gefährdungspotential geschlossen werden, man kann solche Inhalte jedoch auf einige Gesichtspunkte hin analysieren.¹³⁸ Diese Frage ist vor allem vor Wahlen interessant, ganz gleich, ob es sich dabei um Landes- oder Bundestagswahlen in Deutschland oder in anderen Ländern handelt. Denn gerade zu diesen Zeiten wird die aktive Anwendung von populistischer Rhetorik einerseits und andererseits der gegenseitigen Stigmatisierung des Populismus zur Strategie in der politischen Arena.¹³⁹

2. Radikalismus

Der Begriff des Radikalismus bezeichnet eine Überzeugung, die an den Grundzügen bzw. Wurzeln¹⁴⁰ einer politischen oder religiösen Einstellung ansetzt, beziehungsweise wahrgenommene Probleme an der Wurzel bekämpfen möchte. Die allgemeinen Bedeutungen von radikal sind „gründlich“, „kompromisslos“, „scharf“ oder auch „unerbittlich“.¹⁴¹ Die politische Verwendung des Begriffes unterliegt sozialen und ideologischen Interpretationen, die je nach gewollter Ausrichtung positiv oder negativ ausfallen. Positiv wird der Begriff dann aufgefasst, wenn er mit „unbeirrt“, „konsequent“ oder „mit vollem Einsatz“ konnotiert wird. Negativ ausgelegt

136 Vgl. Münkler 2012, S. 11.

137 Vgl. Dahrendorf 2003.

138 Z. B. über die Ansichten zu Pluralität oder rassistischen Kontexten in der Hervorhebung „des einen Volkes“, etc., vgl. Pfahl-Traughber, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2017, S. 124.

139 Vgl. Piasecki/Johne, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2017, S. 137.

140 Vom Lateinischen *Radix* = Wurzel.

141 Vgl. Pfeifer 2005, S. 1074.

bezeichnet er eine Haltung, die keine Abweichung der eigenen Meinung durch sein Gegenüber duldet. Obwohl der Begriff sehr häufig verwendet wird, wird er unterschiedlich aufgefasst. Vertreter radikaler Ansichten bewegen sich regelmäßig am rechten oder linken Rand des demokratischen Parteienspektrums und stellen demokratische Prinzipien zuweilen in Frage, setzen sie in Kontext aktueller Prozesse und diskutieren sie aus. Rechts- oder linksradikale Anhänger wollen den Rechtsstaat und seine Statuten jedoch nicht beseitigen oder vernichten. Sie grenzen sich zu extremistischen Bestrebungen dadurch ab, dass sie sich innerhalb des demokratischen Spektrums bewegen und keine Gewaltlegitimation zur Erreichung von Zielen oder zur Durchsetzung der eigenen Ansichten kennen.¹⁴² Vielmehr sind sie als Erscheinung gesellschaftlicher und politischer Diversität zu begreifen.¹⁴³ Radikale zwingen nicht, sie insistieren und versuchen zu überzeugen. Damit sind Radikale und Extremisten nicht gleichzusetzen. Häufig ist die ideologische Grenze zum extremistischen Spektrum jedoch fließend. Sie wird schließlich dann überschritten, wenn illegitime Mittel angewandt werden und sich die Anhänger einer radikalen Ideologie gegen die Verfassungsgrundsätze richten.¹⁴⁴ Radikalismus und Radikalisierung als Prozess zum Extremismus müssen ebenfalls voneinander abgegrenzt werden.¹⁴⁵

3. Extremismus

In Abgrenzung zum Radikalismus kennzeichnet Extremismus, wie zuvor dargestellt, eine Einstellung, die Gewalt legitimiert oder zumindest billigt, um die eigenen Überzeugungen durchzusetzen. Der Grad, den diese Gewalt einnehmen muss, ist allerdings auch in der Praxis heftig umstritten. Denn es stellt sich die Frage, ob bereits die Betonung von Gewalt (beispielsweise in Schriften) und ab wann Einstellungen bezüglich Gewalt als ein Merkmal des Extremismus begriffen werden könnten.¹⁴⁶ Ein zweifelsfreier Unterschied zum Radikalismus besteht in der Bereitschaft, rechtsstaatliche Grenzen zu durchbrechen, um die eigenen Ziele durchzusetzen. Menschen, die eine politisch und/oder religiös extremistische Ideologie vertreten, stehen der freiheitlich demokratischen Grundordnung feindlich gegenüber. Ihr

142 Vgl. Wirth 2011, S. 193 und 453.

143 Vgl. Böttcher/Mares 2012, S. 57.

144 Vgl. Wirth 2011, S. 453 f.

145 Vgl. Böttcher, in: *Kriminalistik* 4/2017 S. 237 ff.

146 Vgl. Salzorn 2015, S. 22; diese Frage wird im nachfolgenden Kapitel III weiter ausgeführt.

Ziel ist es, diese abzuschaffen und durch eigene Normen und Werte zu ersetzen. Somit sind der Staat selbst und sämtliche Institutionen bereits Bestandteil des Feindbildes. Extremismus stellt somit die Antithese des demokratischen Verfassungsstaates dar, der auf Pluralismus, Gewaltenteilung und der grundgesetzlich verbürgten Akzeptanz der Menschenrechte basiert.¹⁴⁷ Die Existenz extremistischer Strömungen ist eine Normalität in westlichen Demokratien des 21. Jahrhunderts.¹⁴⁸ Eine weit verbreitete Ansicht definiert die Bewegung weg von den Rändern hin zur „normalen“ politischen Mitte als Bestrebungen, die sie in ihrer Substanz bedrohen.¹⁴⁹ Als extremistisch werden somit die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. Deshalb bestehen die Aufgaben des Verfassungsschutzes nach eigenem Verständnis darin, solche Bestrebungen zu verhindern, „die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO), den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben“.¹⁵⁰ Dies ist extremen Ideologien, gleich welcher Couleur, gemein: sie werden als Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat betrachtet.¹⁵¹ Gleichzeitig stehen sich die Extreme (z. B. rechts/links) feindlich gegenüber und üben gegeneinander Gewalt aus. Die Benennung insbesondere politischer Ideologien basiert auf der Vorstellung, dass sich in der Mitte des politischen Spektrums die zentralen Bestandteile der demokratischen Ordnung und des Staates befinden. Diese werden von den vertretenen Ideologien des politischen Randes bedroht.

Als **offene Gesellschaft** wird heute die Vorstellung einer Gesellschaft verstanden, die insbesondere multikulturell und multireligiös geprägt ist. Tatsächlich ist der Begriff geprägt von den Vorstellungen *Karl Poppers* (1902–1994), der ein ideales Modell in den unterschiedlichen kritischen Fähigkeiten von Menschen sieht, die in der Lage sind, eine Regierung gewaltfrei abwählen zu können. Er orientiert sich somit an der Demokratie, sieht aber nicht die Macht der Mehrheit im tatsächlichen Herrschen.

147 Vgl. Backes/Jesse 1989, S. 33.

148 Grumke, in: Frevel (Hrsg.) 2015, S. 53.

149 Der Begriff Extremismus stammt von den lateinischen Wörtern *extremus* (äußerst, entferntest, aber auch: der Ärgste, Gefährlichste, Schlechteste, usw.) und *extremitas* (der äußerste Punkt oder Rand), vgl. Möller, in: Schäfers/Zapf (Hrsg.) 1998, S. 188.

150 Stöss, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007, S. 17.

151 Vgl. Ziercke, in: Egg 2006, S. 62; Backes/Jesse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/1983, S. 3 ff.

Aus extremistischen Positionen heraus ergibt sich die sogenannte *Hasskriminalität*. Als solche allein oder vorwiegend wegen der Rasse, der Religion, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der politischen oder sexuellen Orientierung, des Alters oder der geistigen und körperlichen Behinderung dieser Person oder des Eigentümers oder Besitzers dieser Sache begründete Motivation ist sie ein Unterscheidungsmerkmal zum Radikalismus, der diese Form von Kriminalität nicht billigt. Neben Gewalt stehen die Anhänger solcher Weltanschauungen für diskriminierende Forderungen. Sie plädieren gewissermaßen für ein gesellschaftliches Macht- und Gewaltverhältnis, das sich aus der Tatsache ergibt, dass es sich bei ihnen um stark emotionalisierte, in ihrer Identität sehr schwache Personen handelt. Die strukturelle, soziale und kulturelle Abwertung ihrer Gegner ist ihre einzige Chance auf Aufwertung.¹⁵² Die Deutung von Radikalismus und Extremismus als Begriffe der politischen Interessenskämpfe ist durch politische Interessen gekennzeichnet. In der politischen Arena verändern sich tendenziell und akut die Begriffsbestimmungen von Radikalismus und Extremismus, weil sich die Zieloptionen der Akteure, auch bei gleichbleibender Herkunftsprogrammatisierung aufgrund ständig wechselnder politischer Konstellationen dementsprechend wandeln. Die Begriffspolitik um die Wörter Radikalismus und Extremismus wird entsprechend angepasst und instrumentell in die politische Praxis implementiert. Die tagespolitische bzw. mittelfristige Zielorientierung bestimmt die Begrifflichkeit. Die Grenzen sind gerade zwischen Radikalismus und Extremismus fließend. Es existieren diverse Ansätze, beispielsweise den Extremisten ohne Agitation und einen militanten Radikalen unterschieden zu wollen, um das Phänomen genauer einzugrenzen.¹⁵³

Extremismus zeigt sich beim polizeilichen Gegenüber regelmäßig darin, dass er

- gewaltbereit ist,
- Polizisten als staatliche Exekutive als Feind definiert,
- eine ausgeprägte und aggressive Vorurteilsneigung hat,
- häufig unter enormen Gruppendruck steht, wenn die extreme Community sein relevantes soziales Umfeld darstellt¹⁵⁴,
- regelrechte Verschwörungstheorien vertritt.¹⁵⁵

152 Vgl. Dienstbühl/Abou-Taam, in: Kriminalpolizei 9/2012, S. 5

153 Vgl. Lützing 2010, S. 19.

154 Der Fall Arid Uka hat allerdings gezeigt, dass eine derartige Beeinflussung nichts zwangsläufig an einem „echten“ sozialen Umfeld gebunden ist, sondern auch in der Virtualität und durch die empfundene ideologische Verbundenheit ausreichend sein kann.

155 Vgl. Neu/Pokorny, in: Jesse/Mannewitz (Hrsg.) 2018, S. 175.

4. Terrorismus

Terrorismus wird insbesondere mit Terroranschlägen gleichgesetzt. Angst vor Terrorismus bedeutet Angst vor von Terroristen ausgeübter Gewalt. Terrorismus umfasst allerdings noch mehr. Terrorismus ist abgeleitet aus dem Lateinischen „*terrere*“ und bedeutet „Schrecken, Angst und Schrecken bereitendes Geschehen“.¹⁵⁶ Terrorismus ist als Mittel zur Machtausübung zu verstehen.¹⁵⁷ Als gewaltsame Regierungsmaßnahme wird der Begriff im 18. Jahrhundert und in Zusammenhang mit der Französischen Revolution verwendet und bezog sich auf das gewaltsame Vorgehen *Robespierres* und der *Jakobiner*,¹⁵⁸ der sog. „Schreckensherrschaft“.¹⁵⁹ Der Begriff Terror ist bereits im Alten Testament enthalten und wird von *Martin Luther* mit „Schrecken“ übersetzt.¹⁶⁰ Im Neuen Testament erscheint der Begriff nur selten, wird aber auch im Mittelalter noch von Theologen als „Motivation“ zur unbedingten Gottesfürchtigkeit herangezogen.¹⁶¹ Um 1800 fand der Terminus Terrorismus schließlich Eingang in den deutschen Sprachgebrauch. In diesem Sinne bezeichnet Terrorismus allgemein die Gewalt „von unten“, durch gesellschaftliche Gruppen gegen staatliche Autoritäten.¹⁶² Heute wird Terrorismus zunächst allgemein als eine Form politischen Extremismus definiert.¹⁶³ Der Begriff beschreibt eine Art von Machtanspruch und ist immer dort zutreffend, wo „legitimierte Macht auf politisch nicht

156 Kluge/Seebold 2002, S. 914.

157 Vgl. Macchiavelli 1990, S. 78: „Daher muss ein Fürst, der sich behaupten will, imstande sein, schlecht zu handeln, wenn die Notwendigkeit es erfordert“ (weitläufig existiert dieser Satz in folgender Übertragung: „Um die Machtausübung zu bewahren, ist es notwendig, sich zu gewissen Zeiten des Terrors zu bedienen.“).

158 Maximilien de Robespierre war ein führendes Mitglied der Jakobiner, des wichtigsten politischen Klubs während der Französischen Revolution 1789–1799, die äußerst links-politische Positionen vertraten. Die Politik der Jakobiner als *La Terreur* bezeichnet Massenmord an politischen Gegnern als Mittel der Anhänger, um eine Verfassung durchzusetzen, die, in Anlehnung an den formulierten Ideen Rousseaus, das „allgemeine Glück“ zum verpflichtenden Staatsziel erklärt. Terror als Mittel, bis der angestrebte Zustand erreicht ist, bezeichnet die unmittelbare Gewaltanwendung, die bereits vor der Französischen Revolution mit dem Begriff „Schreckung“ als erste Stufe von Folterpraktiken durch zeigen der Folterinstrumente und dadurch Ankündigung der Folter verwandt wurde.

159 Nehring 2007, S. 9; Hippler, in: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) (Hrsg.) 2006, S. 79.

160 Vgl. z. B. Hiob 6,4 „terrores Die militant contra me“, und „die schrecknis Gottes sind auff mich gerichtet“, zitiert nach: Busa 1980, S. 158.

161 Schrecken der Strafe vor Zuwiderhandlung („*terror poenae*“), vgl. von Aquin 1951, S. 219.

162 Dietl/Hirschmann/Tophoven 2006, S. 17.

163 Vgl. Jesse, in: Andersen/Woyke (Hrsg.) 2009, S. 693; Terrorismus als letzte Form der Eskalationsstufe von Extremismus, vgl. Hirschmann, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik 2001, S. 453; Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) 2012, Verfassungsschutzbericht 2011, S. 34 f.

legitime Gewalt trifft“.¹⁶⁴ Mittlerweile wird jede Gewalttat, die als besonders gravierend und gegen die Gesellschaft gerichtet empfunden wird, als terroristischer Akt bezeichnet.¹⁶⁵ Franz Würdemann definiert Terrorismus als „Gewaltanwendung durch die kleine und isolierte Gruppe [...], die nicht über die Kraft verfügt, die etablierte Macht des Terrors oder die allgemein akzeptierte Macht des Rechts und des Gesetzes auf breiter Front, durch den Aufstand der Masse oder mit konventionellen Methoden anzugreifen.“¹⁶⁶ Der Angriff und die somit vorsätzlich herbeigeführte Verunsicherung der „herrschenden Schicht“, aber auch der Massen, durch Attentate auf Repräsentanten des politischen und wirtschaftlichen Systems war insbesondere bei der *Roten Armee Fraktion* (RAF) in Deutschland zu beobachten.¹⁶⁷

Dietl, Hirschmann und *Tophoven* schreiben Terrorismus fünf Komponenten zu:

1. die Gewaltanwendung muss über einen bestimmten Zeitraum andauern bzw. fortgesetzt werden;
2. die Gewalt muss geplant und organisiert sein;
3. die Taten sind politisch oder religiös oder moralisch motiviert; Zielsetzung ist nichtökonomischer Art;
4. der Einsatz von Gewalt ist von terroristischer Seite als Kommunikationsstrategie zu verstehen; sie muss allgemein als unnatürliche und unverhältnismäßige Gewalttat empfunden werden;
5. das Ziel ist die endgültige Machtübernahme.¹⁶⁸

Maßgeblich ist der Zusammenhang zwischen der Machtdemonstration und der Wahl symbolträchtiger Ziele bzw. prominenter Personen für terroristische Anschläge, um eine Breite der Gesellschaft zum Opfer zu machen und von dieser gleichzeitig mehr Aufmerksamkeit zu erhalten.¹⁶⁹ Öffentliche Aufmerksamkeit soll dabei durch Schrecken erzwungen werden, der durch Zerstörungswillen und nicht zuletzt durch eine empfundene Sinnlosigkeit

164 Nach Bart/Küpper 2004, online abrufbar unter: www.friedenskooperative.de/ff/ff04/6-61.htm (letzter Zugriff am 22. März 2012); dieser Macht gegenüber steht die staatliche Souveränität, vgl. Schmitt 1985, S. 11.

165 Hoffman 2002, S. 13, auch zitiert in: von Knop 2004, S. 39.

166 Würdemann 1977, S. 24; ferner Schwind 1978, S. 26.

167 Die RAF plante ihre Anschläge auf Repräsentanten des sog. „Schweine-Systems“ möglichst präzise und betrachtete die Tötung von Dritten, also Chauffeuren oder Passanten, als „Kollateralschaden“, vgl. Hilgers, in: Frankfurter Rundschau vom 18. September 2007, Artikel online verfügbar unter: www.fr-online.de/spezials/raf-protagonisten-die-radikalisierung-des-gewissens.1472610,2708748.html.

168 Dietl/Hirschmann/Tophoven 2006, S. 17 f.

169 Hirschmann, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik 2001, S. 454, 458.

der Tat herbeigeführt wird.¹⁷⁰ Die vorliegend betrachteten Definitionsansätze schließen das Unvermögen als wesentliches Merkmal von Terrorismus ein, in anderer Weise politischen Einfluss auszuüben, und gegnerische Machthaber zu stürzen.¹⁷¹ Die terroristische Praxis von Anschlägen als Angriffsstrategie eines kleineren Angreifers gegen eine Übermacht wird auch im Sinne einer *asymmetrischen Kriegsführung* verstanden.¹⁷² Damit ist neben der flexiblen Verlagerung von Kampfgebieten der Minderheitenaspekt und die Frage entscheidend, von wem Gewalt ausgeht und mit welchem Zweck sie ausgeübt wird. Asymmetrierung bedeutet nach *Herfried Münkler*: „... sich dem Gegner nicht dort zum Kampf zu stellen, wo er mit Sicherheit seine Überlegenheit ausspielen kann, und stattdessen die militärische Konfrontation dort zu suchen, wo man seine Schwächen und Verwundbarkeiten ausgemacht hat.“¹⁷³

Friedrich Schneider und *Bernhard Hofer*¹⁷⁴ unterscheiden vier Formen von Terrorismus:

- **Nationaler Terrorismus:** Diese Form konzentriert den Aktionsradius innerhalb eines Landes. Ein noch recht aktuelles Beispiel ist die Agitation der baskischen Separatistenorganisation **ETA**¹⁷⁵ in Spanien. Auch die **RAF** und die **IRA** waren nationale Terrororganisationen.
- **Internationaler Terrorismus:** Auch hier kann sich das eigentliche Interesse auf ein Land beziehen, dennoch ist der Aktionsradius auf unbetei-

170 Vgl. die Ausführung des Wladimirs in Joseph Conrads „Der Geheimagent“: „Wie aber kann man diese groteske Idee so in den Köpfen der Mittelklassen hämmern, daß es kein Mißverständnis gibt? Das ist die Frage. Und die Antwort ist: indem man Schläge gegen etwas richtet, das außerhalb der bekannten menschlichen Leidenschaften liegt.“, vgl. Conrad 1993, S. 38.

171 Vgl. Schätz, in: ÖMZ 2002, S. 279.

172 Anschläge sollen das Profil terroristischer Akteure für potentielle Anhänger schärfen und den politischen Rückhalt der angegriffenen Regierung schwächen. Mit direkten, unvorhersehbaren Angriffen in das Zentrum des betitelten Feindes versetzen Terroristen die Bevölkerung in Trauer und aufgrund der erlittenen Verwundbarkeit in einen psychologischen Schockzustand. Dadurch erschüttern sie deren Vertrauen in die Regierung ihres Staates, die innerhalb demokratischer Systeme von der Bevölkerung gewählt wurde. Somit beinhaltet diese Form des terroristischen Kampfes weitreichende psychologische Berechnungen und kalkuliert das Trauma einer ganzen Bevölkerung als Kriegstaktik, die auch die der psychologischen Kriegsführung impliziert.

173 Vgl. Münkler 2010, S. 66; Terrorismus als asymmetrische Kriegsführung wird häufig in Verbindung zu Guerilla-Taktiken gesehen. Als Guerilleros werden organisierte, bewaffnete Teile einer Bevölkerung verstanden, die sich gegen eine bestehende Fremd- oder Gewaltherrschaft richten, vgl. Heinke 2016, S. 131.

174 Vgl. Schneider/Hofer 2008, S. 35 f.

175 Euskadi Ta Askatasuna = Baskenland und Freiheit (baskisch). Als marxistisch-leninistische, separatistische baskisch-nationalistische Untergrundorganisation hat sie sich am 2. Mai 2018 selbst aufgelöst.

lichte oder nur mittelbar beteiligte/betroffene Länder ausgedehnt, um die Weltöffentlichkeit auf die Probleme im Land aufmerksam zu machen. Ein Beispiel hierfür stellt der Dachverband der palästinensischen **PLO** dar, dessen Mitglieder(organisationen) Mittel des Terrors und der asymmetrischen Kriegsführung nutzen, um nationale palästinensische Interessen zu vertreten¹⁷⁶, ebenso wie die **HAMAS**.¹⁷⁷

- **Transnationaler Terrorismus:** Diese Form des Terrorismus ist eine eher neue Erscheinung und unmittelbar mit islamistischem Terrorismus verknüpft. Terror-Netzwerke wie die **Al Qaida**¹⁷⁸ und der Islamische Staat (**IS**) führen nach eigenem Verständnis Krieg gegen den Westen und all das, was aus ihrer Sicht unislamisch oder islamfeindlich ist. Sie streben eine Neuordnung der Welt an.
- **Cyberterrorismus:** Diese Form kann zum einen ein Mittel der o.g. Terrorformen sein, aber auch einzelne Terroristen können nach Auffassung von *Schneider* und *Hofer* als Cyberterroristen auftreten und agieren; die Bewegründe und der Aktionsradius sind damit deutlich erweitert.¹⁷⁹

Terrorismus wird insbesondere von den terroristischen Akteuren selbst regelmäßig als Krieg verstanden. Sowohl die Linksterroristen der RAF, als auch Islamisten der Al Qaida oder des Islamischen Staates, betrachten sich selbst als Krieger. Doch auch die politischen Adressaten von Terroranschlägen nutzen den Kriegsbegriff nicht nur, sondern sie beantworten Terror auch mit kriegerischen Anschlägen; wie die USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001.¹⁸⁰ Im deutschen Strafrecht existiert, wie bereits angesprochen, keine explizite Legaldefinition zu Terrorismus, jedoch gibt es den Straftatbestand nach § 129a StGB *Bildung einer terroristischen Vereinigung*, der im Zuge der staatlichen Auseinandersetzung mit der RAF vom Gesetzgeber aufgenommen wurde.¹⁸¹ Demnach soll bestraft werden,

176 PLO = Palestine Liberation Organization. Unter dieser Befreiungsorganisation Palästinas sind mehrere Gruppen subsumiert, die mit mehr oder weniger aggressiven Methoden palästinensische Interessen vertreten wollen.

177 Die HAMAS (aus dem Arabischen = Begeisterung) ist eine sunnitisch-islamistische palästinensische Terrororganisation. Als Zweig der Muslimbruderschaft (MB) 1987 gegründet, hat sie zum Ziel, Israel als Staat „auszulöschen“.

178 Die im Afghanistankrieg 1988/1989 gegründete Terrororganisation Al Qaida (= „Die Basis“/ „Das Fundament“) war neben zahlreichen weiteren u. a. für die Terroranschläge auf die USS Cole im Jahr 2000, den Terror vom 11. September 2001 in den USA, den Bombenanschlag von Madrid 2004 und die Londoner U-Bahn 2005 verantwortlich. Die Anzahl der Opfer der Al Qaida kann kaum bestimmt werden.

179 Vgl. *Schneider/Hofer* 2008, S. 36.

180 Zum „War on Terror“ unter George W. Bush, vgl. *Nabers* 2005, S. 128 ff.

181 Die Vorschrift des § 129a wurde durch das Gesetz vom 18. August 1976 in das Strafgesetzbuch eingefügt, vgl. BGBl. I 2181, im Zuge des sog. Ersten Antiterrorpaketes vom 19. Novem-